

IN KÜRZE

Integration

Ab sofort läuft die ständige öffentliche Ausschreibung für städtische Beiträge aus dem Kredit «Austausch und Zusammenleben». Zur Verfügung stehen jährlich 250 000 Franken für Projekte, die eine Stärkung und Verbesserung des Zusammenlebens in Zürich zum Ziel haben. Alle Informationen zur Ausschreibung, zu den geltenden Richtlinien und zum Ablauf der Beurteilung finden sich auf www.stadt-zuerich.ch/integrationskredit.

Sozialarchiv

Das Schweizerische Sozialarchiv wird seit 1974 von Bund sowie Stadt und Kanton Zürich finanziell unterstützt. Die Unterstützungsperioden betragen jeweils drei Jahre. Der Stadtrat hat beschlossen, die 2017 ablaufende Unterstützungsperiode ausnahmsweise um zwei Jahre zu verlängern. Er beantragt dem Gemeinderat die Festsetzung eines Betriebsbeitrags von jährlich höchstens 515 000 Franken für die Jahre 2018 und 2019.

Neuer Gemeinderat

Martin Bürlimann (SVP 10), mit einer kurzen Pause seit Mai 2007 im Gemeinderat, tritt per 6. Juli 2017 aus dieser Behörde aus. Der erste nachfolgende Kandidat auf der Liste der SVP, Christoph Marti, ist bereits in den Gemeinderat nachgerückt. Der nachfolgende Kandidat hat die Annahme des Gemeinderatsmandats erklärt. Johann Widmer ist für den Rest der Amtsdauer gewählt.

Teuerung

Der Zürcher Index der Konsumentenpreise ist im Juni 2017 gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozent gesunken und hat den Stand von 100,8 Punkten erreicht (Basis Dezember 2015 = 100). Die Jahresteuerung lag bei 0,1 Prozent. Hauptverantwortlich für den leichten Rückgang des Preisniveaus waren unter anderem tiefere Preise für Kleider und Schuhe infolge von Ausverkauf. Höhere Preise für Pauschalreisen ins Ausland, für Gemüse und Trauben dämpften den Rückgang.

Zürich Openair

Vom 23. bis 27. August findet auf dem Gemeindegebiet von Rümliang wiederum das Zürich Openair statt. Der Stadtrat Opfikon stimmt der Durchführung dieser Veranstaltung jetzt unter der Bedingung zu, dass der Veranstalter über die Strassensperrungen informiert. Sämtliche Anlieger des Industriegebiets Cher werden einen Informationsflyer erhalten.

Arbeitslosigkeit

Im Juni verzeichneten im Kanton Zürich praktisch alle Berufe und Wirtschaftszweige rückläufige Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent. Saisonale Faktoren und positive konjunkturelle Impulse prägen den Arbeitsmarkt im Juni.

Bund will Meteo-Gebäude verkaufen

Fortsetzung von Seite 1

zu konzentrieren – doch die Wirtschaftlichkeit habe dagegengesprochen. Zudem befindet sich das Ortsbild der Stadt Zürich im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung. «Damit werden bauliche Massnahmen in dem Quartier noch aufwendiger und teurer», heisst es in der Antwort des Bundesrats.

Doch was passiert mit dem Areal an bester Lage in Fluntern? Das Gebäude der ehemaligen Meteorologischen Anstalt befindet sich im kommunalen Inventar der Denkmalpflege. Gemäss der Verordnung über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes hat die öffentliche Hand bei einem Verkauf Vorrang. «Die nötigen Abklärungen und Verkaufsvorbereitungen laufen plangemein. Detailliertere Auskünfte geben wir gerne, sobald es konkrete Neuigkeiten gibt», teilte Jonas Spirig, Sprecher des Bundesamts für Bauten und Logistik auf Anfrage mit.

Noch kein Angebot eingegangen

Allerdings liegt dem Immobilienamt des Kantons Zürich bisher kein Angebot für den Kauf dieser Liegenschaft vor, gibt Thomas Maag, Sprecher der Zürcher Baudirektion Auskunft. Auch bei der Stadt Zürich ist noch kein Angebot eingegangen. «Weder die Liegenschaftsverwaltung noch Immobilien Stadt Zürich sind vom Bund bisher kontaktiert worden», so Matthias Wyssmann, Leiter Kommunikation beim Hochbaudepartement Stadt Zürich. Bei einer entsprechenden Anfrage müsste ein allfälliges Kaufinteresse der Stadt geprüft werden. Das Grundstück liegt in der zweigeschossigen Wohnzone. Möglich wären Wohnnutzungen sowie nicht störende Gewerbe- und Dienst-



Der Bund will das rund 10 000 Quadratmeter grosse Grundstück mit Garten verkaufen. Vorrang haben Kanton und Stadt. Foto: Andreas J. Minor

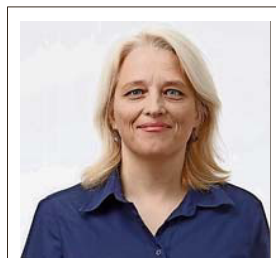
leistungsnutzungen. Für Martin Schneider, Präsident des Quartiervereins Fluntern, ist klar, dass es sich eine Wohnnutzung wie gemeinschaftliches Wohnen oder Alterswohnen, vielleicht sogar mit Serviceangebot und erweitert mit Büro- und Dienstleistungsnutzungen, vorstellen könne. «Ohne die innere Aufteilung des Gebäudes genau zu kennen, würde ich sagen, dass es mit dem grossen Garten sicher für Wohnungen ideal wäre», überlegt Schneider. Was allerdings nicht passieren dürfte, sei, dass der Bund das Land einfach an den Meistbietenden verkaufe. «Bei den Grundstückspreisen an diesen Lagen müsste der Meistbietende einen sehr hohen Ertrag erwirtschaften», sagt der Architekt. Im schlechtesten Fall mit einer grossen Überbauung für Luxuswohnungen. Er wünsche sich eine städtebauliche und quatiervertägliche Lösung.

«Im Idealfall knüpft der Bund den Landverkauf an ein geeignetes Nutzungskonzept», erklärt der Quartiervereinspräsident.

Auch Nationalrätin Kathy Riklin hat sich Gedanken über die Zukunft des Grundstücks gemacht: «Es dürfen keine neuen Büroräume entstehen.» Als Sitz der Meteo Schweiz sei der Standort mit Alpenblick sinnvoll gewesen. Riklin: «Diese Standortgebundenheit fällt für andere kommerzielle oder staatliche Nutzungen weg.» Sie schlägt eine Alters-WG vor: «Eine Alters-WG, allenfalls gemischt mit Alleinerziehenden mit Kindern wäre eine ideale Nutzung. Der wunderschöne Garten könnte von allen genutzt werden», ist Riklin überzeugt. «Der Bund ist verpflichtet, eine Nutzung zu ermöglichen, die dem Gemeinwohl dient. Er ist somit gehalten, auch die Interessen der Zürcher Bevölkerung einzubeziehen», so die Parlamentarierin.

AUS DEM GEMEINDERAT

Über Sinn und Unsinn der städtischen Kulturpolitik



«Kunst ermöglicht uns das Eintauchen in fremde Welten und befreit uns von den Einengungen kollektiven Denkens.»

Welche Fragen stellen sich Gemeinderäte, die über Kultursubventionen zu entscheiden haben? Bei einigen ist zu vernehmen: Wozu soll das gut sein? Können wir solche Ausgaben nicht reduzieren? Soll Kunst, die bloss wenig erreicht, überhaupt unterstützt werden? An seiner vorletzten Sitzung vor den Sommerferien debattierte der Gemeinderat ausgiebig über städtische Kulturpolitik. Im Mittelpunkt stand dabei eine Reihe von Vorstößen, die hauptsächlich aus der Feder der SVP stammten. Zusammengefasst forderten sie die Veröffentlichung sämtlicher Details zum Eigenfinanzierungsgrad aller von der Stadt subventionierten Kulturinstitutionen, die Beseitigung anstossender Kunstwerke sowie die sofortige Einstellung von «Writers in Residence» – ein Autorenstipendium.

Ich unterstütze solche Versuche, politischen Einfluss auf das Schaffen von Künstlern auszuüben und dabei massive Kultureinsparungen zu bewirken, nicht und halte es sogar für einen Irrtum, Kulturförderung an die alleinige Bedingung von wirtschaftlicher Nützlichkeit zu knüpfen. Einfach ausgedrückt, ergäbe die Welt ohne die Bedeutungsangebote der Kultur wenig Sinn. Kunst ermöglicht uns das Eintauchen in fremde Welten und befreit uns von den Einengungen kollektiven Denkens. In diesem Sinne liefern Kunstschauphase gesellschaftliche Innovationsimpulse fernab von Märkten

und Ideologien. Kulturpolitik sollte entsprechend dort ansetzen, wo sich Kunst nur schwer in die Logik des Marktes einbetten lässt und daher öffentlicher Unterstützung bedarf.

Es ist unbestritten, dass Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich staatlich eingesetzter Kulturförderungsmittel unentbehrlich ist. Dies erfüllt die Kulturverwaltung, indem sie ausführlich über die Beteiligung verschiedener Akteure und Institutionen berichtet. Dabei ist erfreulich, dass viele Zürcher Institutionen öffentliche und private Unterstützer und so einen hohen Eigenfinanzierungs-

grad haben. Ein einzelnes Kriterium (Eigenfinanzierungsgrad) und sei er noch so detailliert ausgewiesen, macht jedoch noch keine Kulturpolitik. Denn als einziges Förderkriterium, würde er dazu führen, dass bloss die massentaugliche Unterhaltungsindustrie staatliche Subventionen erhalte. Welch ein Unsinn. Da das Geld in den Fördertöpfen nicht für alle reicht, muss Kulturpolitik klare Ziele haben und Prioritäten setzen. Aus grünliver Sicht hat Kulturförderung die Aufgabe, Bewährtes zu erhalten und Neues zu ermöglichen. Hierzu braucht es den Mut, Überholtes aufzugeben, aber auch kritisch zu hinterfragen, welche neuen Formate zum Ausdruck subventionswürdiger Kultur erklärt werden.

Es stimmt mich positiv, dass diese Art von Kulturabbau im Gemeinderat keine Mehrheit findet. Ebenso freue ich mich in eigener Sache, dass in derselben Debatte das Postulat von Linda Bär und mir zum Museumstag überwiesen wurde. Er soll freien Eintritt in die permanenten Ausstellungen von städtisch unterstützten Museen gewähren und diese einer breiten Bevölkerung näherbringen.

Ann-Catherine Nabholz, Gemeinderätin GLP 7 und 8

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Volksvertreter aus den Kreisen 7 und 8 wöchentlich einen Beitrag. Alle im Stadtparlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit.

AUF EIN WORT



Andreas Minor

Die Krähbühlstrasse zwischen Töbelerplatz und Zoo bietet viel: Die erhöhte Lage ermöglicht den Blick auf die Stadt und den Zürichsee. Das Tram hält fast vor der Haustür. An der Hausnummer 58 herrscht jedoch seit ein paar Jahren Totenstille: Die Schweizerische Meteorologische Anstalt SMA hat dort jahrzehntelang gewirkt. Doch als Meteo Schweiz hatte sie dann plötzlich keine Verwendung mehr für ihr riesiges Grundstück von rund 10 000 Quadratmetern an bester Lage. Sie zog aus. Seither wird das Gebäude nur noch schwach vom Bund genutzt. Zu schwach.

Auf Initiative von CVP-Nationalrätin Kathy Riklin kommt nun

10 000 m² Hoffnung

endlich Bewegung in die Sache. Der Bund gerät unter Druck, nunmehr in die Gänge zu kommen. Zeit ist Geld, oder besser: Wer weiter trödelt, verschenkt einen Haufen Geld.

Nicht nur in Fluntern, sondern in der ganzen Stadt wetzen schon Leute ihre Fantasie, was mit einem solchen Filetstück städtischen «Brachlands» wohl anzufangen ist. Private Investoren hätten sicher ihre helle Freude: Auf dem Grundstück könnten theoretisch 20 Einfamilienhäuser mit je 500 m² Land, also mit einem schönen Garten erstellt werden – oder eine Reihenhaussiedlung. Das wäre zonenkonform. Will man mehr, muss ein Gestaltungsplan den Gemeinderat passieren. Ein Prozedere, das in Zürich schon oft zu kommerziell und architektonisch erfolgreich umgesetzten Projekten führte.

Wie die Recherchen des «Zürberg» ergeben haben, sind weder die ETH noch die Uni Zürich am Grundstück sehr interessiert.

Der Kanton Zürich und auch die Stadt Zürich haben von den zuständigen Bundesstellen noch nichts gehört. Gerade die Stadt sollte sich nicht zieren, von sich aus in Bern anzuklopfen, um dort ihr grosses Interesse zu bekunden. Denn an der Krähbühlstrasse bieten sich auf 10 000 m² unwiederbringliche Chancen. Etwa für eine Baugenossenschaft und sozialen Wohnungsbau, für ein neues Altersheim, sorry, Alterszentrum. Oder eine Mischung aus Wohnen und Arbeiten mit gewerblicher Nutzung. In einer Übergangsphase sollte – statt den Leerstand zu beklagen – eine Zwischennutzung lanciert werden. Sehr erfolgreich ist dies der Stadt Zürich bereits einmal gelungen: mit dem Amag-Gebäude an der Überlandstrasse. Hier fanden Start-ups und Kleingewerbe genau den Raum, den sie benötigen.

Natürlich wird der Kauf die Stadt Zürich etwas kosten. Denn der Bund kann das Gebäude samt Umschwung nicht einfach verschenken. Er muss es zu einem marktüblichen Preis veräussern. Schliesslich geht es dabei um unser aller Vermögen, Volksvermögen. Auf 10 000 m² haben viele Ideen und auch Hoffnungen Platz. Man muss die Chance nur packen – und zwar jetzt.